

Dezernent Wagner teilte mit, dass unter Moderation des Amtes für Schule und Bildungs koordinierung des Rhein-Sieg-Kreises ein Austausch zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Rhein-Sieg-Kreis stattfinde. Vor dem Hintergrund der neuen Mindestgrößenverordnung für Förderschulen würden intensive Gespräche geführt. Im kommenden Jahr sei eine Fortführung der Abstimmung vorgesehen, da eine Veränderung der Förderschullandschaft im Bereich der Förderschulen für Lernen und der Verbund-Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis zu erwarten sei. Darüber hinaus führe man auch Gespräche mit dem Schulamt der Stadt Bonn, da Bonner Förderschulen ebenfalls ein Angebot für viele Schülerinnen und Schüler aus dem Rhein-Sieg-Kreis darstellten. Im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis bestehe das Problem, dass die Förderschulen in Rheinbach und in Bornheim die Voraussetzungen der Mindestgrößenverordnung bereits derzeit deutlich nicht erreichten und eine Dependancelösung voraussichtlich nicht realisiert werden könne.

Ziel sei es, möglichst gemeinsam mit allen betroffenen Städten und Gemeinden eine einvernehmlich abgestimmte Schulentwicklungsplanung durchzuführen und die bestehenden unterschiedlichen Kooperationen und Einzellösungen in ein Gesamtkonzept einzubinden. Auf diese Weise soll eine wohnortnahe Beschulung für die Kinder sichergestellt werden, deren Eltern eine Beschulung an einer Förderschule wünschten.

Abg. Solf lobte die Bemühungen des Kreisschulamtes um eine gemeinsame Lösung, in die auch die Stadt Bonn einbezogen werde. Er hoffe auf eine gemeindeverträgliche Ausgestaltung der Förderschullandschaft, zugunsten der Schülerinnen und Schüler.

Abg. Hauer erklärte, dass er auf einer Veranstaltung am 09.12.2013 von der zuständigen Landesministerin erfahren habe, dass die Landesregierung vor dem Hintergrund der gegebenenfalls großen Entfernungen die Sicherstellung der wohnortnahen Beschulung durch Kooperations- und Dependancelösungen begrüßen würde.